

Dr. Dirk Pleiter  
VR China Koordinationsgruppe  
Postfach 62 01 25, 10791 Berlin

030-695 68 678 (tel., p)  
030-695 68 677 (fax, p)  
033762-7-7381 (tel, d)  
Berlin, 13. Januar 2008

*Ausschuss für  
Menschenrechte*

**gemeinsamen öffentlichen  
Anhörung am: 24. Jan. 2008**

Ausschuss für Menschenrechte

**16(17)0080**

Aussch.Drucks. 16. Wahlperiode

## **Antwort der deutschen Sektion von amnesty international auf den Fragenkatalog zur gemeinsamen Anhörung von Sport- und Menschenrechtsausschuss „Die Olympische Charta, die Spiele in Beijing 2008 und die Achtung der Menschenrechte“**

### **Vorbemerkung**

Im Folgenden werden lediglich die Fragen beantwortet, bei denen amnesty international über hinreichende Kompetenz verfügt. Zudem wurden die Fragen ausgelassen, die sich offensichtlich nur an einen Teil der geladenen Sachverständigen richten.

### **1.6 Haben Sie Kenntnisse darüber, inwiefern sich die teilnehmenden Sportler und Begleiter während der Spiele tatsächlich frei bewegen werden können? Besteht die reelle Gefahr, dass Sportler, die sich kritisch zur Lage der Menschenrechte in China äußern, in irgendeiner Form Repressionen ausgesetzt würden?**

Sollten sich Sportler vor oder während der Spiele an Aktionen beteiligen, die von den chinesischen Behörden als regime-kritisch gewertet werden (beispielsweise Proteste gegen Menschenrechtsverletzungen), dann kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Behörden ähnlich wie in der Vergangenheit repressiv vorgehen. Im Sommer 2007 wurden sechs Aktivisten aus Großbritannien, Kanada und den USA inhaftiert und abgeschoben, nachdem diese in der Nähe von Beijing ein Banner mit der Aufschrift "One World, One Dream, Free Tibet 2008" gezeigt hatten.<sup>1</sup> In der Vergangenheit waren die chinesischen Behörden in solchen Fällen ähnlich verfahren: Die betroffenen Personen wurden nach kurzer Inhaftierung ins Ausland abgeschoben.

### **1.7 Sind individuelle Aktivitäten inländischer und ausländischer Touristen außerhalb der Wettkampfstätten und der Unterkünfte problemlos möglich?**

Sofern mit dieser Frage auch die Wahrnehmung des Rechts auf Demonstrationsfreiheit und die Beteiligung an Protesten, beispielsweise gegen Missstände in China, gemeint ist, dann ist die Frage mit nein zu beantworten (siehe Details in Antwort zu 1.6).

<sup>1</sup> Radio Free Asia, „China Detains Six For Tibet Great Wall Protest“, 07.08.2007.

### **1.8 Die Vergabe der Olympischen Spiele an Peking war mit der Erwartung verbunden, dass sich dadurch die Menschenrechtssituation im Land verbessern würde. Versucht die Regierung der VR China, die als Gastgeberland auf die Olympische Charta verpflichtet ist, erkennbar zur Verwirklichung der Olympischen Idee beizutragen?**

amnesty international begrüßt, dass seit Vergabe der Olympischen Spiele bei den Anliegen der Organisation, die nur einen kleinen Ausschnitt der Menschenrechte umfassen, einige positive Entwicklungen zu verzeichnen sind. Gleichwohl sind die Ergebnisse zwiespältig zu bewerten. Hervorgehoben werden soll hier:

- Verfahrensrechtliche Änderungen bei der Todesstrafe, aufgrund der seit Anfang 2007 alle Todesurteile durch das Oberste Volksgericht überprüft werden müssen. Es gibt Hinweise darauf, dass dadurch eine gewisse Reduzierung bei der Zahl der Todesurteile bewirkt wurde. Mit Blick auf die Nachhaltigkeit dieser Entwicklung ist jedoch hervorzuheben, dass es sich beim Obersten Volksgericht nicht um ein unabhängiges Gericht handelt und die Zahl der Todesurteile politischen Einflüssen unterliegt. Notwendig wäre vielmehr eine Einschränkung des Anwendungsbereichs der Todesstrafe. amnesty international wertet die Ankündigung des Vize-Präsidenten des Obersten Volksgerichts, eine wachsende Anzahl von Hinrichtungen per Giftspritze zu vollstrecken,<sup>2</sup> nicht als Fortschritt und ein Indiz dafür, dass die VR China entgegen dem internationalen Trend an der Todesstrafe festhalten möchte.<sup>3</sup> Diese Ankündigung erfolgte nur wenige Wochen, nachdem die Generalversammlung der UN eine Resolution verabschiedet hatte, in der zu einem weltweiten Hinrichtungsmoratorium aufgerufen wurde.
- Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten für ausländische Journalisten, aufgrund derer diese seit Anfang 2007 nicht in allen Fällen mehr um Genehmigungen für Interviews nachfragen müssen. Diese Bestimmungen gelten jedoch nicht für inländische Journalisten, deren Situation sich nicht verbessert hat. Auch gelten diese nur bis Herbst 2008. Es gibt allerdings Hinweise darauf, dass sie verlängert werden könnten.<sup>4</sup>
- Die Zahl derer, die sich in der VR China für Menschenrechte einsetzen, hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Während bei einigen von ihnen zumindest zeitweise mehr Freiheiten zu verzeichnen waren (wie etwa bei der Sprecherin der Mütter von Tiananmen, Frau Ding Zilin), so sind die meisten weiterhin von Repressionen bedroht. Ende Dezember 2007 wurde der Menschenrechtsaktivist Hu Jia, der sich auch kritisch zu den Olympischen Spielen geäußert hatte, unter dem Verdacht der Aufwiegelung zur Subversion festgenommen.<sup>5</sup>

### **1.9 Sollte die Menschenrechtssituation eines Landes, das sich um die Austragung der Olympischen Spiele bewirbt, künftig einen größeren Stellenwert einnehmen bei der Entscheidung des IOC?**

amnesty international hat keine Position zur Frage, ob die Olympischen Spiele auch in einem Land durchgeführt werden sollen, wo massive Menschenrechtsverletzungen stattfinden. Die Organisation sieht jedoch die Beteiligten in der Verantwortung, mögliche Chancen, auf eine Verbesserung der Menschenrechtssituation Einfluss zu nehmen, auch wahrzunehmen. Hier ist insbesondere auch das IOC gefordert. amnesty international begrüßt zwar die Bereitschaft des IOC, mit Menschenrechtsorganisationen in Kontakt zu treten, jedoch bedauert es die Organisation, dass das IOC bislang offensichtlich kaum bereit war, gegenüber den chinesischen Behörden aktiv für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation einzutreten.

---

<sup>2</sup> China Daily, „Lethal injection to be used more“, 03.01.2008.

<sup>3</sup> amnesty international, „Amnesty International calls for end to executions, not expansion of lethal injection method“, 03.01.2008.

<sup>4</sup> ABC News, „Foreign press freedoms may remain in China: official“, 28.12.2007.

<sup>5</sup> Siehe dazu auch Antwort auf Frage 6.1.

### **4.3 Welche Plattformen werden Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen im Rahmen der Olympischen Spiele und der Paralympics zur Verfügung stehen?**

amnesty international hat im Vorfeld der Spiele sowohl Gespräche mit dem IOC als auch einer Vielzahl von Nationalen Olympischen Komitees (einschließlich dem DOSB) geführt. Angebote des IOC beziehungsweise des lokalen Organisationskomitees, Menschenrechtsorganisationen im Rahmen der Spiele eine Plattform zu bieten, sind uns nicht bekannt.

### **4.4 Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie aus den internationalen Sportgroßveranstaltungen in der Volksrepublik China in letzter Zeit (z.B. Ruder-WM der Junioren, Fußball-WM der Frauen, Special Olympics, Universiade in Beijing) in Bezug auf eine Meinungs- und Bewegungsfreiheit der Menschen sowie eine freie Berichterstattung?**

Die genannten Veranstaltungen haben nach Beobachtung von amnesty international nicht zu einer signifikanten Veränderung bei den Rechten auf Meinungs- und Bewegungsfreiheit sowie der Pressefreiheit geführt.

### **4.7 Die Regierung in Beijing hat versprochen, die Meinungs- und Pressefreiheit für die Zeit der Olympischen Spiele zu respektieren.**

**Wie stellt sich die Situation der Medien-/Vertreter in folgenden Bereichen dar:**

**a) Ausländische Journalisten**

**b) Inländische Journalisten.**

**Wie kann sichergestellt werden, dass die relative Medienfreiheit, die derzeit für ausländische Journalisten gilt, auch den chinesischen Journalisten gewährt wird.**

**c) Internet (User und Firmen)**

**Die neuen Selbstzensur-Regeln für Internetanbieter weisen allerdings auf eine Verschärfung hin. Yahoo und MSN haben die Regeln bereits unterzeichnet, die kritische Internetnutzer und vor allem Blogger gefährden.**

Die Situation ausländischer Journalisten hat sich seit Anfang 2007 aufgrund einer Verordnung verbessert, die diese von der Auflage befreit, die lokalen Behörden um Erlaubnis zu bitten, wenn sie außerhalb von Beijing recherchieren oder Interviews durchführen.<sup>6</sup> Die neue Verordnung gilt allerdings nur bis zum 17. Oktober 2008, wobei die Behörden eine Verlängerung nicht ausschließen. Seit Anfang 2007 haben ausländische Journalisten die Umsetzung der neuen Bestimmungen getestet. In einer Reihe von Fällen wurden dabei positive Erfahrungen gemacht. So konnten Personen interviewt werden, die aus politischen Gründen unter Beobachtung standen, oder politisch heikle Themen recherchiert werden. Allerdings hat es auch weitere Übergriffe gegen ausländische Journalisten gegeben.<sup>7</sup>

Die inländischen Medien unterliegen unverändert der staatlichen Kontrolle.<sup>8</sup> Zwar sind die Freiheiten der Medien seit Beginn der Politik der wirtschaftlichen Reformen gewachsen, nach wie vor versuchen die chinesischen Behörden aber, den Fluss von Informationen im Land zu kontrollieren, und werden Themen, über die die Medien berichten oder nicht berichten, von Partei- oder staatlichen Stellen vorgegeben. Im Laufe des Jahres 2007 haben die chinesischen Behörden mehrere Maßnahmen ergriffen, die offensichtlich eine verstärkte Kontrolle der inländischen Medien zum Ziel hatten.<sup>9</sup> So wurde im Februar 2007 die Einführung eines Punktesystems durch die

<sup>6</sup> „Regulations on Reporting Activities in China by Foreign Journalists During the Beijing Olympic Games and the Preparatory Period“, 01.12.2006.

<sup>7</sup> So wurden im März 2007 zwei Journalisten des BBC inhaftiert (siehe: Reporter ohne Grenzen, „Disturbing lapses in application of new rules for foreign media“, 22.03.2007).

<sup>8</sup> Für eine Übersicht über die Kontrollmechanismen siehe: Thomas Scharping, „Administration, Censorship and Control in the Chinese Media: The State of the Art“, in: China aktuell, 4/2007, S. 96 ff.

<sup>9</sup> Siehe: amnesty international, „The Olympics countdown: Repression of activists overshadows death penalty and media reforms“, April 2007 (ai-Index ASA 17/015/2007), S. 20.

Zentrale Propaganda-Abteilung der Kommunistischen Partei für Printmedien bekannt. Wenn diese alle ihre Punkte „verbraucht“ haben, droht ihnen die Schließung. Berichten zufolge soll ein staatlicher Medienkontrolleur dies seinerzeit mit den Worten kommentiert haben: „The new system is a clear message that the top leadership wants a peaceful social environment ahead of the 17th CCP congress and next year’s Olympic Games.“<sup>10</sup>

Es gibt momentan keine Hinweise darauf, dass die chinesischen Behörden bereit sind, inländischen Journalisten ähnliche Verbesserungen ihrer Arbeitsmöglichkeiten einzuräumen, wie dies Anfang 2007 für die ausländischen Journalisten geschehen ist. Die Ergebnisse der verbesserten Möglichkeiten zur Recherche sind den Einwohnern der VR China nicht unbedingt zugänglich. So wurde die Kontrolle über die Verbreitung von Berichten ausländischer Medien innerhalb der VR China im September 2006 intensiviert.<sup>11</sup>

Auch die Nutzung des Internets unterliegt weiterhin der Zensur und es gibt wenig Hinweise darauf, dass die chinesischen Behörden bereit sind, im Internet mehr Freiheiten zu gewähren. Menschen, die das Internet legitim dazu nutzen, um Informationen herunterzuladen oder Meinungen zu verbreiten, müssen damit rechnen, deswegen Opfer von Repressionen zu werden. Im Laufe des Jahres 2007 sind verschiedene Maßnahmen bekannt geworden, durch die die Kontrolle des Internets intensiviert wurde.<sup>12</sup> Zuletzt wurden Ende 2007 vom Ministerium für Informationsindustrie und dem Büro für Film und Fernsehen Bestimmungen erlassen, die die Möglichkeiten für das Anbieten von Videos im Internet beschränken.<sup>13</sup>

## **5.2 In welchem Umfang hat die chinesische Regierung für Baumaßnahmen anlässlich der Olympischen Spiele Menschen enteignet und zwangsumgesiedelt? Wurden sie angemessen entschädigt?**

**Gibt es rechtsförmige Beschwerdeverfahren gegen die Enteignungen und Zwangsumsiedlungen, die aufgrund der Olympischen Spiele vorgenommen wurden oder werden? Wie sind die konkreten Zahlen? Wohin erfolgen die Zwangsumsiedlungen?**

amnesty international hat keine eigenen Erkenntnisse zur Zahl der im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen umgesiedelten Personen. Die Organisation COHRE schätzt die Zahl derer, die aufgrund von Stadtentwicklungsprojekten in Beijing umgesiedelt wurden, die im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen stehen, Stand April 2007 auf mindestens 1,25 Millionen.<sup>14</sup> Diese Zahl ist schwierig zu verifizieren, da auch strittig sein dürfte, welche der Projekte im Zusammenhang mit den Spielen stehen.

In den vergangenen Jahren sind mehrfach Berichte bekannt geworden, laut denen die von Umsiedlungsmaßnahmen im Zusammenhang mit olympischen Bauprojekten betroffenen Personen nicht oder nicht angemessen entschädigt wurden. So wurden bei einer von den Behörden organisierten Tour für Journalisten im Shunyi Park, wo die Ruder- und Kanu-Wettkämpfe stattfinden sollen, bekannt, dass örtliche Bewohner nicht für den Verlust von Ackerland entschädigt wurden. Diese Darstellung wurde allerdings vom Leiter des Parks bestritten.<sup>15</sup>

amnesty international war es bislang nicht möglich, diese Vorwürfe zu verifizieren. Die Organisation hat die chinesischen Behörden mehrfach um Aufklärung gebeten und auch das IOC

---

<sup>10</sup> South China Morning Post, „China tightens media grip with penalty points system“, 09.02.2007.

<sup>11</sup> „Measures for Administering the Release of News and Information in China by Foreign News Agencies“, 10.09.2006.

<sup>12</sup> Siehe: amnesty international, „The Olympics countdown – one year left to fulfil human rights promises“, August 2007 (ai-Index ASA 17/024/2007), S. 8f.

<sup>13</sup> Radio Free Asia, „China Moves to Control Online Video“, 04.01.2008; dpa, „China will Videos und Podcasts im Internet scharf kontrollieren“, 04.01.2008.

<sup>14</sup> COHRE, „Fair Play for Housing Rights: Mega-Events, Olympic Games and Housing Rights“, 2007, S. 154ff.

<sup>15</sup> South China Morning Post, „Secrecy as hunt for outside Games’ volunteers begins“, 29.03.2007.

aufgefordert, dieses Thema gegenüber den chinesischen Behörden anzusprechen und insbesondere bezüglich damit zusammenhängender Festnahmen aktiv zu werden.

Zu den Personen, die im Zusammenhang mit Umsiedlungsmaßnahmen inhaftiert wurden, gehört Ye Guozhu. Er war im August 2004 festgenommen worden, wenige Tage nachdem er versucht hatte, öffentliche Proteste gegen derartige Maßnahmen zu organisieren. Im Dezember 2004 war er wegen „Schürens von Streit und Unruhestiftung“ zu vier Jahren Haft verurteilt worden. In der Haft wurde Ye Guozhu misshandelt. Sein Sohn und sein Bruder wurden im September 2007 festgenommen.

Erzwungene Umsiedlungsmaßnahmen ohne adäquaten rechtlichen Schutz würden eine Verletzung des Rechts auf Wohnung darstellen, welches im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte festgelegt ist. Die VR China hat diesen Pakt ratifiziert.

### **5.3 Haben die internationale Gemeinschaft und das IOC die Bauarbeiten für die Olympischen Spiele genutzt, um die unzumutbare soziale Lage der Wanderarbeiter/innen zu thematisieren? Mit welchem Ergebnis?**

amnesty international hat im März 2007 mit einem ausführlichen Bericht auf die Situation der Wanderarbeiter in China aufmerksam gemacht.<sup>16</sup> Die Berichterstattung über den Einsatz von Wanderarbeitern bei den Bauarbeiten für die Olympischen Spiele dürfte die internationale Aufmerksamkeit für deren Situation erhöht haben. Die chinesische Regierung ist sich der prekären Situation der Wanderarbeiter bewusst. So wurden im November 2007 neue Maßnahmen angekündigt, die eine Verbesserung ihrer sozialen Situation zum Ziel haben.<sup>17</sup> Dennoch ist weiterhin zu beklagen, dass die Wanderarbeiter als soziale Minderheit diskriminiert werden, beispielsweise bei der Gesundheitsversorgung oder beim Zugang ihrer Kinder zum Bildungssystem.

### **6.1 Vor der Vergabe der Olympischen Spiele an Beijing wurden die Folgen für die Menschenrechte in China kontrovers diskutiert. Kritiker befürchteten, dass die Vergabe der Spiele an China das Regime stützen würde, Befürworter hingegen hegten die Hoffnung, dass die chinesischen Behörden durch die internationale Aufmerksamkeit dazu gezwungen werden, ihre Menschenrechtsbilanz zu verbessern. Können Sie eine erste Einschätzung geben, inwiefern sich die eher pessimistische oder eher die optimistische Prognose bewahrheitet hat?**

Durch die Olympischen Spiele ergeben sich Risiken für die Menschenrechtssituation. In den folgenden Bereichen kann aufgrund von Beobachtungen über das Verhalten der chinesischen Behörden im Vorfeld von Ereignissen nationaler Bedeutung nicht ausgeschlossen werden, dass die Olympischen Spiele auch zu Rückschritten bei den Menschenrechten oder sogar zu Menschenrechtsverletzungen führen könnten:

- Kontrolle der Medien:  
Die inländischen Medien unterliegen weiterhin der Zensur. Die Kontrollen werden in der Regel vor Ereignissen von nationaler Bedeutung verschärft, so wie beispielsweise im Vorfeld des Parteitag der Kommunistischen Partei im Oktober 2007. Seit Januar 2007 wurden verschiedene Maßnahmen getroffen, um die Kontrolle der Medien zu intensivieren (siehe auch Antwort zu Frage 4.7).
- Maßnahmen gegen soziale Randgruppen:  
Es gibt Anlass zur Befürchtung, dass die chinesischen Behörden im Vorfeld der Spiele verstärkt gegen soziale Randgruppen vorgehen könnten, um diese an den Austragungs-

<sup>16</sup> amnesty international, „Internal migrants: Discrimination and abuse The human cost of an economic miracle“, März 2007 (ai-Index ASA 17/008/2007).

<sup>17</sup> China Daily, „New rules designed to help 140 mln migrants“, 21.11.2007.

orten aus dem Stadtbild zu verbannen. Dabei könnten sie verstärkt von den existierenden Möglichkeiten zur Inhaftierung auf administrative Anordnung hin Gebrauch machen. Diese erlauben die Inhaftierung von Personen, ohne dass diese Maßnahme durch ein Gericht geprüft werden muss. So beschlossen die Behörden von Beijing im Mai 2006, dass die „Umerziehung durch Arbeit“ genutzt werden soll, um im Vorfeld der Spiele beispielsweise gegen illegale Geschäfte, Landstreicher oder Bettler vorzugehen. Bei der „Umerziehung durch Arbeit“ handelt es sich um eine Form von Administrativhaft, die für bis zu vier Jahren verhängt werden kann. Ferner kündigte das Büro für Öffentliche Sicherheit der Stadt Beijing im Februar 2007 an, dass es die maximale Dauer der Inhaftierung zur „Zwangswesen Drogenrehabilitation“ (qiangzhi jiedu) von sechs auf 12 Monate verlängern werde.

- Verstärkte Repressionen gegen Bürgerrechtler und Menschenrechtsverteidiger:  
Im Vorfeld von nationalen Ereignissen hat amnesty international in den letzten Jahren jeweils verstärkte Repressionen gegen Menschenrechtsverteidiger feststellen müssen. Die Maßnahmen reichen von inoffiziell Hausarrest bis zur Inhaftierung. Menschenrechtsverteidiger sind auch schutzlos Übergriffen durch Unbekannte ausgesetzt. So war Ende September 2007 der Rechtsanwalt Li Heping in Beijing von Unbekannten verprügelt und zum Verlassen von Beijing aufgefordert worden. Einen Tag vor dem Überfall hatten Polizisten des Amtes für öffentliche Sicherheit in Beijing Li Heping mitgeteilt, er und seine Familie dürften sich während des bevorstehenden Parteikongresses der Kommunistischen Partei Chinas nicht in Beijing aufhalten. Nach Kenntnis von amnesty international befinden sich aktuell die folgenden Personen, die sich kritisch oder sogar ablehnend zu den Olympischen Spielen geäußert haben, in Haft:
  - *Hu Jia* wurde am 27. Dezember 2007 unter dem Vorwurf der „Aufwiegelung zur Subversion“ festgenommen.<sup>18</sup> Er hatte am 26.11.2007 per Videokonferenz an einer Anhörung des Europaparlaments teilgenommen,<sup>19</sup> wo er von einem Menschenrechtsdesaster gesprochen und der chinesischen Führung vorgeworfen haben soll, die Spiele zur Legitimierung ihrer Politik zu nutzen.<sup>20</sup>
  - *Wang Dejia* (Pseudonym: Jing Chu) wurde am 13. Dezember 2007 verhaftet und Berichten zufolge am 14. Dezember 2007 unter dem Vorwurf „Aufwiegelung zur Subversion“ formell verhaftet.<sup>21</sup> Er hatte sich in Artikeln und Interviews kritisch zu den Olympischen Spielen geäußert.
  - *Yang Chunlin* wurde am 6. Juli dieses Jahres in der nordöstlichen Provinz Heilongjiang festgenommen und am 23. August 2007 der „Subversion“ angeklagt. Die Polizei teilte den Angehörigen mit, dass der Hauptgrund für Yang Chunlins Festnahme seine Beteiligung an der Sammlung von Unterschriften für eine Petition mit der Forderung sei „Wir wollen Menschenrechte und keine Olympischen Spiele“. Yang Chunlin hatte die Unterschriften in Dörfern gesammelt, wo er Bauern unterstützte, denen man ihr Ackerland ohne angemessene Entschädigung weggenommen hatte und die somit ihre Lebensgrundlage verloren haben.<sup>22</sup>
  - *Ye Guozhu* war im August 2004 wegen eines geplanten Protests gegen Umsiedlungsmaßnahmen festgenommen und später zu vier Jahren Haft verurteilt worden.<sup>23</sup>
  
- Umgang mit Protesten:  
Nicht nur Gruppen aus dem Ausland, sondern auch chinesische Staatsbürger könnten die

<sup>18</sup> amnesty international, urgent action, 02.01.2008 (ai-Index: ASA 17/035/2007).

<sup>19</sup> Pressedienst des Europäischen Parlaments, „Human rights in China in the run-up to the 2008 Olympics“, 26.11.2007.

<sup>20</sup> Pressedienst des Europäischen Parlaments, „Olympia 2008 in China: Countdown für die Menschenrechte?“, 04.12.2007 (REF: 20071126STO13639).

<sup>21</sup> China Rights Defenders, „Guangxi Dissident Writer Jing Chu Detained for ‘Inciting Subversion of State Power’“, 17.12.2007; AFP, „China detains cyber-dissident who criticised Olympics“, 18.12.2007.

<sup>22</sup> amnesty international, urgent action, 07.09.2007 (ai-Index: ASA 17/042/2007).

<sup>23</sup> Siehe auch Antwort zu Frage 5.2.

internationale Aufmerksamkeit während der Spiele dazu nutzen, um auf Misstände in der Volksrepublik China aufmerksam zu machen. Es ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar, wie die Behörden auf solche Situationen reagieren werden und ob sie gegebenenfalls auch schwere Menschenrechtsverletzungen in Kauf nehmen würden.

amnesty international geht jedoch zur Zeit nicht von einer durch die Olympischen Spiele bedingten nachhaltigen Verschlechterung der Menschenrechtssituation aus. Die Olympischen Spiele an sich dürften ohnehin wenig an der Menschenrechtssituation ändern, weil sich aufgrund der Tatsache, dass die Spiele in Beijing stattfinden werden, wenig an den Faktoren ändern wird, die die weitere Entwicklung bei den Menschenrechten maßgeblich bedingen. amnesty international warnt daher nachdrücklich vor der Annahme, es gäbe einen Automatismus, der ein Ende der weit verbreiteten schweren Menschenrechtsverletzungen herbeiführen würde. Nach Ansicht von amnesty international sollten die Spiele vielmehr als eine Chance verstanden werden, Einfluss auf die weitere Entwicklung der Menschenrechte zu nehmen. Es war die chinesische Regierung selbst, die die Bewerbung für die Spiele mit der Perspektive auf eine verbesserte Menschenrechtssituation verknüpfte. Ansätze zur Einflussnahme bieten beispielsweise die verschiedenen kleinen Schritte seitens der chinesischen Behörden, die zu einer grundlegenden Veränderung der Menschenrechtssituation beitragen könnten. Es kommt allerdings nun darauf an, dass die sich bietende Chance von allen Beteiligten auch genutzt wird.

Gleichzeitig dürfen die Risiken für die Entwicklung der Menschenrechte vor, während und nach den Olympischen Spiele nicht unterschätzt werden. Die jüngste Inhaftierung des prominenten Menschenrechtsverteidigers Hu Jia zeigt, dass die chinesischen Behörden trotz der großen Aufmerksamkeit, die das Land wenige Monate vor Beginn der Spiele genießt, nicht davor zurückschrecken, mit massiven Repressionen gegen Kritiker im eigenen Land vorzugehen.

## **6.2 Ist die Aussetzung des Menschenrechtsdialoges zwischen Deutschland und China im Jahr vor den olympischen Spielen als substantieller Verlust von Einwirkungsmöglichkeiten der Bundesregierung auf die chinesische Regierung im Hinblick auf die Verbesserung der menschenrechtlichen Situation zu bewerten?**

amnesty international betrachtet den Menschenrechtsdialog als ein Mittel der Menschenrechtspolitik, welches, sofern dieser zielgerichtet geführt wird, in manchen Bereichen die Chance bietet, eine Verbesserung der Menschenrechtssituation zu bewirken. Die Organisation bedauert daher, dass der Dialog seitens der chinesischen Regierung ausgesetzt worden ist. Das Vorgehen der chinesischen Regierung muss Zweifel an deren Willen wecken, mittels des Dialoges Fortschritte bei den Menschenrechten zu erreichen.

## **6.3 Welche Haltung haben Sie bezüglich der immer wieder laut werdenden Aufrufe, die Olympischen Spiele in Beijing aufgrund der Lage der Menschenrechte im Land zu boykottieren?**

amnesty international ruft nicht zum Boykott der Spiele auf.

## **6,6 In welcher Weise wird frühzeitig vor dem Beginn der Spiele auf die chinesische Regierung Einfluss genommen, damit regimekritische und missliebige Personengruppen nicht am Besuch der Spiele und am Kontakt mit ausländischen Besuchern gehindert werden? Was wird getan, damit diese Gruppen nicht während der Spiele oder auch längerfristig inhaftiert werden? Wie kann verhindert werden, dass die Haft missliebiger Personen bis nach den Spielen verlängert wird?**

In den vergangenen Jahren sind mehrere Personen festgenommen worden, die sich öffentlich kritisch zu den Olympischen Spielen in Beijing geäußert haben bzw. gegen negative Begleiterscheinungen der Spiele, wie Umsiedlungsmaßnahmen, protestiert hatten. amnesty international hat das IOC mehrfach dazu aufgerufen, konkret in solchen Fällen aktiv zu werden und die sofortige und bedingungslose Freilassung dieser Personen einzufordern, sofern diese lediglich deswegen

inhaftiert wurden, weil sie friedlich von ihren Menschenrechten Gebrauch gemacht haben.

**6.7 Was tun bzw. könnten die Bundesregierung, der Deutsche Olympische Sportbund oder Nichtregierungsorganisationen unternehmen, um Sportler und Zuschauer der Olympischen Spiele für Menschenrechtsverletzungen in China zu sensibilisieren, und welchen konkreten Beitrag könnte jeder Einzelne, der zu den Olympischen Spielen nach Peking reist, leisten, um die Menschenrechtssituation in China zu verbessern?**

Die Olympischen Spiele bieten Chancen, um konkrete Verbesserungen beim Schutz der Menschenrechte in der Volksrepublik China durchzusetzen. Vor dem Hintergrund, dass die chinesischen Behörden generell Verbesserungen bei der Menschenrechtssituation in Aussicht gestellt haben, sollten konkrete Fortschritte aktiv angemahnt werden. Dabei ist auch auf die Nachhaltigkeit der von den chinesischen Behörden getroffenen Maßnahmen zu achten. amnesty international schlägt u.a. die folgenden Meilensteine zur konkreten Bemessung des Fortschritts vor:

- Schritte zur Abschaffung der Zensur der Presse sowie Maßnahmen, die verhindern, dass Personen aufgrund der legitimen Nutzung des Internets inhaftiert werden. Wegen der legitimen Nutzung des Internets inhaftierte Personen sollten freigelassen werden.
- Einschränkung des Anwendungsbereichs der Todesstrafe und insbesondere die Abschaffung dieser Strafe für Delikte, die keine Anwendung von Gewalt voraussetzen. Um die Wirksamkeit von Maßnahmen zur Reduzierung der Anwendung der Todesstrafe überprüfen zu können, sollten die Behörden regelmäßig offizielle Statistiken veröffentlichen.
- Weitgehende Reform der Administrativhaft, die die Abschaffung der „Umerziehung durch Arbeit“ (laojiao), „zwangsweise Drogenrehabilitation“ (qiangzhi jiedu) sowie „Verwahrung und Erziehung“ (shourong jiaoyu) umfasst.
- Einstellung der Repressionen gegen Menschenrechtsverteidiger, wie beispielsweise Verhängung von Hausarrest, sowie die Freilassung von aktuell inhaftierten Menschenrechtsverteidigern.